

Sitzungsperiode 2025-2026  
Sitzung des Ausschusses I vom 3. November 2025

---

## FRAGESTUNDE\*

- **Frage Nr. 261 von Frau PAUELS (SP) an Ministerpräsident PAASCH zur Digitalisierung und Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Wirtschaftssektor**

Im Rahmen der regionalen Entwicklungsstrategie „Leitbild Ostbelgien Leben 2040“ legt das Thema „Lebensqualität und Zukunftssicherung durch digitale Transformation“ „den Schwerpunkt auf das digitale Leben, Lernen, Austauschen und Arbeiten mit resilienten Infrastrukturen bei starker Wirtschaft und selbstbestimmten Bürgern.“<sup>1</sup>

Damit greift die Deutschsprachige Gemeinschaft unter anderem EU-Zielvorgaben auf, die den Bürgerinnen und Bürgern einen verbesserten Zugang zu digitalen Grundkompetenzen ermöglichen sollen.

Unternehmen sollen verstärkt Technologien wie Künstliche Intelligenz (KI) und Big Data einsetzen, während öffentliche Dienste bis 2030 vollständig digital zugänglich sein sollen – inklusive digitaler Identität und elektronischer Gesundheitsakte. Ohne moderne digitale Infrastrukturen drohe der Anschluss an die digitale Welt verloren zu gehen, wie der Ministerpräsident anlässlich seiner Regierungserklärung im vergangenen September bekräftigte.<sup>2</sup>

Ein zukunftsfähiger Wirtschaftsstandort bedeutet für uns daher, Digitalisierung als Chance zu nutzen. Daten, KI, Cloud-Technologien und Big Data sollen in allen Branchen – insbesondere in den KMU – ankommen. Grundlage dafür sind leistungsfähige digitale Infrastrukturen.<sup>3</sup>

In Ostbelgien sollen zudem die Behörden besser vernetzt und Bürokratie abgebaut werden. Ziel ist eine proaktive, kundenfreundliche und sichere Verwaltung, die digital arbeitet, aber bei Bedarf analoge Unterstützung bietet.

Wie diese Strategie konkret umgesetzt wird, zeigen erste Initiativen wie die „KI-Werkstatt Einzelhandel“, die von der WFG lanciert wurde. Sie soll Unternehmen dabei unterstützen, neue Kunden zu gewinnen, ihr Sortiment zu optimieren und innovative Ladenkonzepte zu entwickeln. Damit wird Künstliche Intelligenz als persönlicher Strategieberater und Umsetzungshelfer in die Praxis gebracht. Das ist ein Beispiel dafür, wie Digitalisierung und Wirtschaftsförderung Hand in Hand gehen können.<sup>4</sup>

---

\* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

<sup>1</sup> Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft: Plenarsitzung vom 15.9.2025 – Regierungserklärung „EIN ZUKUNFTSFÄHIGES, RESILIENTES UND LEBENSWERTES OSTBELGIEN“; S. 2.

<sup>2</sup> ebd.; S. 37.

<sup>3</sup> Ebd. S. 38.

<sup>4</sup> <https://www.wfg.be/ki-werkstatt-fuer-den-einzelhandel-kuenstliche-intelligenz-als-strategischer-erfolgsfaktor/>.

Hierzu meine Fragen:

1. Wie kann die Politik sicherstellen, dass auch kleine und mittlere Unternehmen aktiv von der Digitalisierung, beispielsweise dem Einsatz von KI, profitieren?
2. Welche weiteren beratenden Förderprogramme sollen geschaffen werden, um die KMU praxisnah zu unterstützen?
3. Welche Rolle spielt die Künstliche Intelligenz als strategischer Wettbewerbsfaktor für den Wirtschaftsstandort Ostbelgien, um diesen gezielt zu fördern?

• **Frage Nr. 262 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerpräsident PAASCH zur VoG Ternell**

Die VoG Ternell verwaltet gewisse Bereiche des zum DGG Gemeinschaftszentren gehörenden Hauses Ternell. Dieses leistet eine wertvolle Bildungsarbeit, erhöht die Attraktivität des Tourismusstandorts Ostbelgien und trägt zur Verbesserung der Naturpflege bei.

Dem Vernehmen nach ist diese VoG zurzeit mit Problemen konfrontiert, die ihre Existenz in Frage stellen könnten.

Diese betreffen u.a. die Tätigkeiten des von der Wallonischen Region mitfinanzierten CRIE, den Betrieb der Cafeteria und die angehäuften Altschulden.

Dazu meine Fragen:

1. Wie bewerten Sie die aktuelle Lage der VoG Ternell?
2. Welche Rolle soll diese VoG in Zukunft bei der Verwaltung des Hauses Ternell spielen?
3. Wie können die aktuellen Probleme aus Ihrer Sicht als für die Gemeinschaftszentren zuständiger Minister gelöst werden?

• **Frage Nr. 263 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerpräsident PAASCH zu den Beziehungen der DG mit der Republik Österreich und ihren Bundesländern**

Die DG unterhält seit langem enge, vielfältige und freundschaftliche Beziehungen zur Republik Österreich und ihren Bundesländern, die in zahlreichen Kontakten und Kooperationen ihren Ausdruck finden.

In den Fibeln zum Haushalt 2025 (Teil 3, S. 63) und zum Haushalt 2026 (Teil 3, S. 48) steht dazu folgende Aussage: „Um der Rolle als Brückenbauer in das deutschsprachige Ausland noch besser gerecht zu werden, hat die Regierung ein Amtsgebiet für Österreich eingerichtet, für das als Delegierter ein Personalmitglied des Fachbereiches Außenbeziehungen bezeichnet wurde“.

Dazu meine Fragen:

1. Wer ist zum Delegierten für die Beziehungen zu Österreich bezeichnet worden?
2. Wie sieht das konkrete Arbeitsprogramm dieses Delegierten aus?
3. Wann ist mit einem ersten Bericht über diese Tätigkeit zu rechnen?

• **Frage Nr. 264 von Herrn BALTER (VIVANT) an Ministerpräsident PAASCH zur Evaluierung baurechtlicher Normen**

Im Rahmen des strukturierten Dialogs am 13. Oktober 2025 äußerten mehrere Gemeindevertreter deutliche Kritik an den bestehenden baurechtlichen Vorgaben. Öffentliche

Bauprojekte seien oft erheblich teurer als private, was nicht nur an höheren Qualitätsstandards, sondern vor allem an übermäßig komplexen Normen liege. Besonders häufig genannt wurden die Bereiche Denkmalschutz, energetische Sanierung und Barrierefreier Zugang. Die Gemeinden forderten eine praxisnähere und kosteneffizientere Umsetzung, die weiterhin Sicherheit und Inklusion gewährleistet, aber die Realitäten kleiner Kommunen stärker berücksichtigt.

Mehrfach wurde auf Unterschiede zu Nachbarregionen hingewiesen, in denen flexiblere Lösungen möglich sind – insbesondere bei der Sanierung historischer Gebäude oder bei technischen Auflagen. Zudem kritisierten mehrere Gemeinden, dass manche Auflagen bei Elektrik und Brandschutz in Belgien weit über das hinausgehen, was in Nachbarländern verlangt wird.

Anzumerken ist hier, dass die Bereiche Elektrik und Brandschutz, nicht im direkten Zuständigkeitsbereich der DG liegen.

Im Ausschuss I zeigten Sie Verständnis für diese Kritik und kündigten eine Evaluierung des Erlasses zum behindertengerechten Bauen sowie der Denkmalschutzauflagen an, ohne einen Zeitplan zu nennen.

Damit bleibt offen, wann die dringend benötigte Entlastung für Gemeinden und öffentliche Bauträger tatsächlich spürbar wird.

Meine Fragen an Sie:

1. Wann wird die angekündigte Evaluierung der baurechtlichen Bestimmungen zum barrierefreiem Bauen und zum Denkmalschutz konkret gestartet?
2. Wie stellt die Regierung sicher, dass die Überarbeitung der Normen zu praxistauglichen und finanziell tragbaren Lösungen für Gemeinden führt?
3. Hat die Regierung vor, bei den Elektrik- und Brandschutzauflagen mit den zuständigen Ebenen Gespräche über verhältnismäßige Anforderungen zu führen?

• **Frage Nr. 265 von Herrn BALTER (VIVANT) an Ministerpräsident PAASCH zur Absage einer gemeinsamen Versammlung der Beiräte der Gemeinschaftszentren**

Die für den 24. September 2025 im Zentrum Worriken einberufene gemeinsame Versammlung der Beiräte der DgG Gemeinschaftszentren wurde am selben Tag kurzfristig per E-Mail abgesagt. Offiziell hieß es, dringende terminliche Verpflichtungen machten eine Durchführung unmöglich.

Die Einladung lag jedoch bereits seit dem 9. September 2025 vor und sah eine Begrüßung durch den Ministerpräsidenten sowie die Vorstellung laufender Projekte in den Gemeinschaftszentren vor.

Interessant ist dazu anzumerken, dass am selbigen Abend dennoch eine Versammlung vor Ort stattfand – allerdings nicht mit den eingeladenen Beiratsmitgliedern, sondern zwischen u.a. dem Direktionsstab von Worriken, Minister Freches und Ministerpräsident Paasch.

Vielleicht hat die öffentliche Diskussion angeregt durch den von Vivant eingereichten Resolutionsvorschlag zur Neuausrichtung der Gemeinschaftszentren einen Einfluss gehabt.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, weshalb die Sitzung so kurzfristig abgesagt wurde und in welchem Rahmen die vorgesehenen Themen tatsächlich behandelt wurden.

Meine Fragen an Sie lauten wie folgt:

1. Aus welchen konkreten Gründen wurde die für den 24. September 2025 vorgesehene gemeinsame Beiratsversammlung der DgG Gemeinschaftszentren am selben Tag abgesagt?
2. Wurde der ursprünglich geplante Austausch zu den Zukunftsplanungen der Gemeinschaftszentren in einem anderen Format abgehalten?
3. Welche Themen oder Entscheidungen befinden sich derzeit in Vorbereitung in Bezug auf die DgG Gemeinschaftszentren?

• **Frage Nr. 266 von Frau JADIN (PFF) an Ministerpräsident PAASCH zur Finanzierung kommunaler Bürgerbeteiligungsprojekte in Zeiten der Haushaltskonsolidierung**

Mehrere Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft – etwa Raeren und Lontzen – haben in den vergangenen Monaten neue Formen der Bürgerbeteiligung eingeführt.

In Raeren wurde ein Bürgerbeteiligungshaushalt geschaffen, in Lontzen laufen vergleichbare partizipative Prozesse (Viertelprojekte).

Diese Beispiele zeigen, dass Bürgerinnen und Bürger Verantwortung übernehmen, wenn sie die Chance erhalten, ihre Gemeinde aktiv mitzugestalten.

Im Jahr 2024 hat die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein Dekret verabschiedet, das den Gemeinden einen Haushalt für Bürgerbeteiligungsprojekte zur Verfügung stellt.

Angesichts der aktuellen Haushaltskonsolidierung ergeben sich hierzu folgende Fragen:

1. Wie bewertet die Regierung die bisherigen Erfahrungen der Gemeinden mit dem Haushalt für Bürgerbeteiligungsprojekte?
2. Welche Auswirkungen haben die aktuellen Sparmaßnahmen auf besagte Bürgerbeteiligungshaushalte?
3. Welche Unterstützung stellt die Regierung den Gemeinden bereit, um partizipative Ansätze weiterzuentwickeln?